

## „Unsere kommunalpolitische Arbeit verbessern!“

Den Beschluß des Parteivorstandes „Über die Nationale Front“ durchzuführen, bedeutet vor allem, von der Basis auszugehen, d. h., eine richtige und gute Blockpolitik in Stadt- und Landgemeinden zu betreiben. Gelegentlich der Neuwahlen der Parteileitungen wurde durch die gründliche Untersuchung der bisherigen Arbeit offenbar, welche Erfolge und welche Mängel für die Gesamtpartei auszuwerten sind. Wir glauben daher, daß die folgenden Ausführungen des Genossen Barth von besonderer Wichtigkeit sind, und bitten vor allem unsere Funktionäre in den Kommunalverwaltungen, diesen Beitrag aufmerksam zu lesen und ihre eigenen Erfahrungen durch weitere Artikel für den „Neuen Weg“ der Partei nutzbar zu machen.

Die Redaktion

Erste Voraussetzung: ein gute Blockpolitik!

Wo entsprechend den Beschlüssen der Partei eine richtige Blockpolitik durchgeführt wird, zeigt sich in jedem Falle, daß sie die Arbeit unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungen nicht, wie oft befürchtet wird, kompliziert, sondern vereinfacht und erleichtert. Die Genossen in der Gemeinde Karsdorf (Sachsen) berichten z. B. über ihre eigenen Erfahrungen in dieser Hinsicht:

„Die Tatsache, daß das Nichtbeteiligen der bürgerlichen Parteien und der Parteilosens an der Gemeindearbeit bei jeder Gelegenheit dazu benutzt wurde, um der SED die Gemeindearbeit möglichst schwer zu machen, veranlaßte uns seinerzeit, diese Kräfte mit in die Gemeindearbeit einzuspannen. Da wir nichts zu verbergen hatten, gingen wir sogar so weit, den Vorsitzenden der CDU als Bürgermeisterstellvertreter zu wählen. Auch die Ausschüsse wurden entsprechend besetzt. Vom Tage der Umbesetzung des Gemeinderates und der Ausschüsse war der Streit beendet und es entwickelte sich eine Zusammenarbeit, die in die Gemeinde geregelte demokratische Verhältnisse brachte.“

Dieses Beispiel ist leider eine rühmliche Ausnahme, denn es gibt keinen Beschluß der Partei, der so vernachlässigt und mißachtet würde wie die Entwicklung der Blockpolitik. Eine große Anzahl der Genossen, besonders in den ländlichen Gebieten, haben nicht begriffen, daß die Blockpolitik im Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, für die Festigung unserer neuen demokratischen Ordnung in unserer Zone eine wichtige Waffe ist. Sie glauben, daß es einfacher, leichter sei, alle Dinge selbst durchzuführen, ohne sich mit den Vertretern der übrigen Parteien und Massenorganisationen zusammenzusetzen und sie von der Notwendigkeit der Maßnahmen zu überzeugen.

Dieser Glaube ist ein Selbstbetrug. In Wirklichkeit führt diese Methode zu einer Anhäufung von Schwierigkeiten, deren Beseitigung dann schwieriger ist als die ursprüngliche Diskussion über den Weg der gemeinsamen Arbeit. Genossen, die zu bequem oder kurzfristig sind, die Blockpolitik in ihrer Verwaltungsarbeit sozusagen täglich zu realisieren und anzuwenden, handeln in einer sehr wichtigen Frage gegen die Politik der Partei. Erleichtern sie nicht die lügnerische Behauptung der Adenauers, daß in unserer Zone eine Verwaltungsdiktatur der SED herrscht? Erleichtern sie nicht die Absicht der reaktionären Elemente in den bürgerlichen Parteien, die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Teile dieser Parteien mit unserer Partei zu erschweren? Wie können diese Genossen den Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949 zur Schaffung der Nationalen Front bei einer solchen Einstellung zur Blockpolitik verwirklichen helfen?

Nicht umsonst heißt es in der Entschließung des Parteivorstandes vom 23. August 1949:

„Gegenwärtig sind die Elemente des Sektierertums in manchen Organisationen ein großes Hindernis in der

Tätigkeit der Partei.“ Machen wir uns nichts vor: es gibt eine große Anzahl von Gemeinden, in denen von wirklicher Verwaltungsarbeit nicht gesprochen werden kann. Der Bürgermeister „regiert“ als Alleinherrscher, diskreditiert die Arbeit der Partei und verhindert jede demokratische Entwicklung. Erste Voraussetzung der demokratischen Entwicklung ist jedoch die ehrliche, aus Verantwortung um das Wohl aller Gemeindemitglieder getragene Zusammenarbeit im demokratischen Block.

Die Bevölkerung zur Mitarbeit heranziehen!

Die Blockpolitik darf sich nicht darauf beschränken, nur in den Spitzen zu einer guten Zusammenarbeit zu kommen. Selbst die beste Blockarbeit bleibt Stückwerk, wenn sie ohne Teilnahme der Bevölkerung erfolgt. Deshalb ist die zweite wichtige Aufgabe, die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an der Verwaltung heranzuziehen, nur zu lösen, wenn wir ihr unsere Ziele und Aufgaben in der Gemeinde klarmachen, wenn wir sie dazu bringen, Vorschläge zu machen und durch ihre Kritik Fehler in der Verwaltung aufzudecken.

Ein Weg, der immer zum Erfolg führte, wenn er beschritten wurde, ist die öffentliche Berichterstattung der Gemeindeverwaltung durch den Bürgermeister auf dem Boden der Blockpolitik. Wir wollen durch die Berichterstattung zu einer engen Zusammenarbeit mit den Gemeindemitgliedern selbst kommen, jede Tendenz der Bürokratisierung zerschlagen und das noch mangelnde Staatsbewußtsein wecken.

Daß bei der öffentlichen Berichterstattung sich auch Gelegenheit bietet, in verständlicher Weise der Bevölkerung die Zusammenhänge zwischen den kommunalpolitischen Problemen mit den Fragen des Kampfes um einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen aufzuzeigen, ist durch die Praxis bewiesen.

Berichte über öffentliche Versammlungen mit Berichterstattung aus Chemnitz, Leipzig, Halle bewiesen uns, daß die Bevölkerung weitgehend zur Teilnahme und aktiven Mitarbeit veranlaßt werden kann, wenn solche Versammlungen durchgeführt werden. Wir wollen nur das Beispiel der kleinen Gemeinde Schönbach (Kreis Grimmen) anführen, wo durch die engste Zusammenarbeit zwischen Partei, Verwaltung und Bevölkerung die vor der Gemeinde stehenden kommunalpolitischen Aufgaben verhältnismäßig leicht gelöst werden.

Die Gemeinde Schönbach erfüllte ihren Zusatzplan zum Zweijahrplan im Wegebau mit 150 Prozent. Statt der geplanten 300 Meter wurden 430 Meter fertiggestellt. Männer und Jugend waren unermüdlich in Sonderschichten im Steinbruch und an der Straßenschotterung tätig. Junge Pioniere arbeiteten am Abraum. Nun ist es geschafft, und damit sind zwei Drittel des Ortsplanes erfüllt. Am 1. August wurde auch der Kindergarten eröffnet, der sich mit über 40 Schutzbefohlenen eines guten Zuspruches erfreut. Als dritte Aufgabe steht noch die Anlage eines Fußweges am Dorfteich offen. Auch das wird man schaffen.

Leider muß man feststellen, daß auch diese Waffe im Kampf um die Festigung unserer neuen demokratischen Ordnung außerordentlich mangelhaft angewendet wird.

Politisch, nicht nur fachlich arbeiten!

Es ist weiter notwendig, wie es in der Entschließung des Parteivorstandes zur Verbesserung unserer kommunalpolitischen Arbeit heißt, „die Tätigkeit der SED-Mitglieder in den Landesregierungen und in den Kreis- und Kommunalorganen planmäßiger zu gestalten und vor allen Dingen die unteren Verwaltungsorgane besser anzuleiten und zu unterstützen. Dazu ist die Schaffung beziehungsweise der Ausbau von Organstruk-